Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 07/57. Jahrgang | Juli 2026 | Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnen muss bezahlbar sein

Während die Stadt wächst und immer mehr Studierende, Auszubildende, Familien und Beschäftigte Wohnraum suchen, steigen die Mieten in Gießen. Für viele Menschen wird es schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner sowie junge Familien.

Die Ursachen liegen nicht nur in einem Mangel an Wohnraum, sondern auch darin, dass Wohnungen als Renditeobjekte behandelt werden. Wo Investoren und Immobilienkonzerne auf Gewinne schauen, bleiben die Bedürfnisse der Bevölkerung oft auf der Strecke. Wohnen wird zur Ware, obwohl es ein grundlegendes menschliches Bedürfnis ist.

Kritische Stimmen sehen hier die Verantwortung auch bei lokalen Entscheidungsträgen. Sie werfen z. B. Kai Laumann, Projektentwickler im Immobilienbereich, vor, bei seinen Projekten zu wenig bezahlbaren oder geförderten Wohnraum zu schaffen, indem er die verpflichtende Sozialquote mittels Tricks umgeht.

Denn während Tausende weiter in Gießen nach bezahlbarem Wohnraum suchen, fehlen seit langem Sozialwohnungen. Aus Sicht der DKP leidet Gießen seit Langem unter einem gravierenden Mangel an sozialem und bezahlbarem Wohnraum. Statt den kommunalen Wohnungsbau konsequent auszubauen, wurde die Versorgung dem Markt überlassen. Gießen braucht mehr sozialen und kommunalen Wohnungsbau, um dauerhaft bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Öffentliche Grundstücke sollten nicht an Spekulanten verkauft werden, sondern für den Bau von Sozialwohnungen und gemeinnützigen Wohnprojekten zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung und überhöhten Mietsteigerungen geschützt werden.

Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage. Während Immobilienbesitzer von steigenden Mieten profitieren, müssen immer mehr Menschen einen großen Teil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben. Soziale Stadtpolitik darf sich

Fortsetzung auf S. 2

Ukrainekrieg – wann ist endlich Schluss?

Ein Ende ist nicht absehbar und nicht gewollt. Die einzigen ernst gemeinten Friedensinitiativen kommen von Brasilien und China. Dabei geht es zunächst um eine Begrenzung und möglichst eine Beendigung des Krieges, zwecks Stabilisierung der Weltwirtschaft.

Die USA, welche den Stellvertreterkrieg gegen Russland initiiert haben, wollen sich zurückziehen. Dabei geht es weniger um Frieden als die Verlagerung der Kosten von den USA auf die EU. In den USA gab es den Plan, Russland endgültig zu schwächen. Danach hätten die USA die Möglichkeit alle Mittel gegen China zu wenden.

Nach dem von den USA unterstützten Putsch auf dem Maidan 2014 wurde die Ukraine massiv vom Westen militärisch aufgerüstet und unter der Hand in die Strukturen der

Fortsetzung auf S. 2

Rote Karte für Gießener Grünpolitik S. 2
Stadtradeln in Gießen / Bundeswehr auf Volksfesten? S. 3
Reformen / Es reicht! S. 4
Sozialabbau / Drohbriefe vom Sozialamt S. 5
Kinder vom Schwimmen aussperren / Wahlhelfer der AfD S. 6
Schule verstärkt Ungleichheit / Israel S. 7

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1:
Wohnen muss bezahlbar sein

nicht an den Interessen von Investoren orientieren, sondern an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Wohnen darf kein Luxus sein. Bezahlbarer Wohnraum für alle ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Stadt.

Martina Lennartz

Ein Beispiel:

In Gießen greift die städtische Sozialquote für den privaten Wohnungsbau erst bei Neubauprojekten ab einer Größe von **50 Wohnungen**. Sobald dieser Schwellenwert erreicht oder überschritten wird, legt die Stadt für das Projekt eine feste Sozialquote von **30 Prozent** fest. Das bedeutet, dass der Investor fast ein Drittel der entstehenden Wohnfläche als öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum errichten muss.

Bei dem Projekt „Grüne Stadt-Terrassen Gießen“ am vorderen Schiffenberger Tal hat Kai Laumann genau **49 neue Wohnungen** gebaut. So hat er verhindert, dass 15 Einheiten (30 %) als mietpreisgebundene Sozialwohnungen gebaut werden mussten.

Fortsetzung von Seite 1: ***Ukrainekrieg – wann ist endlich Schluss?***

NATO integriert.

Russland wurde systematisch in den Krieg gegen die Ukraine gedrängt. Zu schwach, die Ukraine ökonomisch ins eigene Lager zu ziehen, blieb nur noch der Angriff. Nichts zu tun, hätte für Russland eine geostrategische Katastrophe bedeutet: die Ukraine als Mitglied der NATO.

Russland ist ökonomisch schwach (ca. das BIP von Italien) und die Politik von Putin zielte immer auf ökonomischen Wandel: nicht mehr primär ein Exporteur von Energie und Rohstoffen sein, sondern eine hoch entwickelte moderne Ökonomie. Ihm war klar, das geht nur mit Unterstützung des Westens. Gleichzeitig bedeutet die ökonomische Schwäche, dass in erster Linie die militärische Karte als Werkzeug der Außenpolitik bleibt. Der Krieg kommt also ungelegen. Die EU nutzt unter der Führung Deutschlands den Rückzug der USA, um eigene imperialistische Interessen voranzutreiben. Es geht jetzt um die Integration der Ukraine in die EU. Das Ganze erinnert an den Roman „1984“ von Orwell: Dauerkrieg erzeugt Dauerfeindbilder und stabilisiert die innere Ordnung: Angst, Militarisierung, Überwachung, Opferbereitschaft, Verarmung werden politisch über den Kampf gegen den „bösen“ Gegner legitimiert. Sozialabbau für Kriegstüchtigkeit und Kriegstüchtigkeit als oberstes Staatsziel. Der dritte Weltkrieg hat längst begonnen.

Henning Mächerle

Rote Karte für Gießener Grünpolitik

Nun bekamen die politisch Verantwortlichen in Gießen wieder mal einen Denkzettel.

Jahrzehnte langer Missbrauch ökologischer Verantwortlichkeit unter „grüner“ Regie führte – nach „Stickstoffdioxid-Werte steigen“ 2019, „Feinstaub-Alarm in Gießen“ 2025, usw. – erneut zu erniedrigenden Schlagzeilen im Hessenland.

Die „Deutsche Umwelthilfe e. V.“ hat herausgefunden, dass Gießener – neben Einwohnern von Rüsselsheim und Hanau – gefährlich stark der Sommerhitze ausgesetzt sind *. Da helfen auch keine jährlichen Presseaktionen wie „Coole Stadt“ auf Hochglanz oder der Vorschlag der Grünen eine „grüne Stadt“ durch grüne Beflaggung zu simulieren (siehe rechts). Heißer Straßenbelag, wenig Bäume, wenig Schatten und wenig Wasser machen Gießen in der Sommerhitze zur Vorhölle. Was 2012 mit den Kahlschlägen zur Landesgartenschau begann, wurde Jahr für Jahr weitergeführt. Baumfällungen von Immobilieninvestoren und anderen Privatleuten wurden kein Riegel vorgeschoben. Allein der Baumverlust ab 2018 bis 2025 beläuft sich auf mindestens 2.520 Bäume. Jetzt zahlen die Gießener den Preis für die unverantwortliche Umweltpolitik der Stadtregierungen. Der jüngst genehmigte Kahlschlag des Stahlhändlers „BIEBER+MARBURG“ ist lediglich ein Beispiel für Naturzerstörungen und Kungelei mit dem „großen Geld“. Und der schattige Weg am Schwanenteich bleibt sinnlos gesperrt. Geht’s noch? Und – wie geht es weiter?

Mario Berger

* Siehe auch Hitzecheck 2025 der Deutschen Umwelthilfe: *www.duh.de* – Suchbegriff: Hitzecheck; Gießen mit einem Hitzebetroffenheitsindex von 16,35 im roten Bereich!

Kein Witz:
Vorstellung von einer naturnahen Innenstadtgestaltung der Stadt Gießen - aus der offiziellen Broschüre "Ideen und Beispiele zur Korridor-Gestaltung"

Stadtradeln in Gießen – eine Nachbetrachtung

Im Mai war in Gießen die bundesweite Veranstaltung „Stadtradeln“ angesagt. Wer sich anmeldete, konnte drei Wochen lang die von ihm gefahrenen Kilometer in ein Internetportal eintragen, am Ende gab es Ehrungen und Gewinne. Doch diese Aktion wird zunehmend als wirkungslose Routine betrachtet, da die knapp 350.000 erfassten Kilometer selten Autofahrten ersetzen, sondern meist Freizeitwege darstellen. Die CO2-Berechnung ist angesichts überwiegender Freizeittouren Augenwischerei. Trotz des Ziels, den Radverkehr zu fördern, meiden viele die Innenstadt aufgrund gefährlich geringer Überholabstände von Autos und Bussen, die oft weit unter den vorgeschriebenen 1,50 Metern liegen. An einigen Straßen, z. B. in der Sudetenlandstraße und in der Ringallee, wurden an einigen Stellen diese 1,50 Meter auf der Fahrbahn angezeigt. Die angekündigten Kontrollen der Verkehrspolizei in Bereichen wie der Ringallee blieben ohne veröffentlichte Ergebnisse. Eine echte Verkehrswende ist nicht in Sicht. Eine Verbesserung der Situation ist durch den kommenden Magistrat mit Beteiligung der radlerfeindlichen CDU kaum zu erwarten.

Gernot Linhart

Ringallee in Höhe der Theodor-Litt-Schule

Reinhard Lauterbach: Informationen zum Ukrainekrieg

Trotz massiver Hitze fand eine interessante Veranstaltung im gut besuchten Nebenraum des Restaurant Pitta Gyros statt. Der Vortrag mit anschließender Diskussion mit Reinhard Lauterbach zum Thema **„Die EU und Russland – kein Frieden in Sicht“** machte deutlich, was die in der EU geführte Debatte über „strategische Autonomie“ bedeutet. Die EU will eigene imperialistische Ansprüche gegenüber Russland nicht nur auskämpfen, sondern sich damit auch gegenüber den USA profilieren. Deshalb ist sie bestrebt, den Ukrainekrieg möglichst lange am Laufen zu halten, koste es finanziell und politisch, was es wolle. Das ist eine brandgefährliche Situation. Wir können eine weitere Eskalation von Kriegen in Europa und weltweit nur verhindern, wenn wir die Friedensinitiativen stärken und in Gesprächen die soziale Frage stellen, aus der dann klar werden sollte, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht.

Martina Lennartz

DKP Frieden mit Russland Raus aus der NATO! DKP

Bundeswehr auf Volksfesten?

Der Auftritt der Bundeswehr auf dem Hessentag in Fulda stößt auf scharfe Kritik. Ein Fest für Begegnung und Kultur wird zur Bühne militärischer Werbung. Friedensinitiativen, Gewerkschafter und Jugendverbände protestierten dagegen. Militärfahrzeuge, Werbestände und Rekrutierungsangebote sollen junge Menschen an die Bundeswehr heranführen und Militarismus im Alltag normalisieren. Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Region: Bereits auf dem Lahnuferfest in Gießen war die Bundeswehr mit einem Werbestand vertreten. Während Milliarden in Aufrüstung fließen, fehlen Mittel für Bildung, Gesundheit und sozialen Wohnungsbau.

Der Hessentag sollte ein Ort des Friedens und der Völkerverständigung sein – nicht der Militärwerbung. Der Protest richtet sich gegen die schleichende Gewöhnung an Militarismus im öffentlichen Raum. Frieden schaffen ohne Waffen ist aktueller denn je.

Martina Lennartz

Ulrike Eifler, Gewerkschafterin der IG Metall

Die Rede von Ulrike Eifler zum Auftakt der Demonstration am 13.6. in Fulda ist auf dem Youtube-Kanal der DKP Gießen zu sehen: *www.youtube.com/watch?v=66yAE-9sX_k*

Reformen – von der Hoffnung zum Schreckgespenst

Früher einmal hatte der Begriff „Reform“ einen guten Klang. Im Reformhaus gab es bessere Nahrungsmittel, Reformkleider befreiten Frauen vom Korsett, in Reformschulen konnte ohne Zwang gelernt werden. Inzwischen wird von Politikern zu Reformen meistens gesagt, dass sie wehtun müssen. Dazu suchen sie sich als Objekt ihrer Reformen in der Regel die Schwächsten aus: Alte, Kranke, Pflegebedürftige und deren Angehörige, Alleinerziehende, Pflegepersonal, Schüler und Studenten aus Familien mit geringem Einkommen und alle anderen, die auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind. Die Ankündiger dieser Maßnahmen haben wahrscheinlich keine Ahnung, was sie damit den betroffenen Menschen antun. Viele davon leiden sowieso unter Existenzängsten. Wenn es ihnen richtig schlecht geht, wird ihnen auch noch die psychiatrische Hilfe verweigert, indem man zu wenige Psychiater zulässt und die Honorare kürzt.

Mit der sogenannten Krankenkassenreform sollen jährlich etwa 15 Mio. Euro gespart werden. Die Krankenkassenbeiträge sollen damit stabil gehalten werden, vor allem um die sogenannten „Arbeitgeber“ zu entlasten. Der Staat stiehlt Jahr für Jahr den Versicherten einen Betrag in etwa dieser Höhe, weil er für Empfänger von Bürgergeld bzw. Grundsicherung viel zu geringe Beiträge zahlt. Seit Einführung von Hartz IV fehlt dieses Geld in den Kassen der Krankenkassen. Auch für alle anderen mit geringem Einkommen sind die Krankenkassenbeiträge nicht kostendeckend.

Die Krankenversorgung für diesen Personenkreis ist eigentlich eine gesellschaftliche Aufgabe und müsste aus Steuergeldern finanziert werden. Sie wird aber allein den Beitragszahlern der gesetzlichen Krankenkassen aufgebürdet. Wegen der Beitragsbemessungsgrenze tragen die Geringverdiener prozentual eine wesentlich größere Last als die Gutverdienenden. Diese können sich durch einen Wechsel zu einer Privatversicherung aus der Solidargemeinschaft verabschieden. Es gäbe viele Möglichkeiten zu echten Reformen. Aber denen, die dann ein paar Prozente mehr zahlen müssten, will keiner der herrschenden Politiker auch nur ein kleines bisschen wehtun.

Gegen die Zumutungen der geplanten „Reformen“ gibt es breiten Widerstand. In einigen Fragen sind sich sogar Klinikdirektoren und Personal einig. Bundesweit sind Demonstrationen und Kundgebungen geplant. Wir als DKP sind dabei!

Gernot Linhart

Es reicht!

Ein breites Bündnis von Organisationen und Parteien rief am 1.6. zu einer Kundgebung und Demonstration in Gießen gegen die finanzfressende Kriegspolitik der Bundesregierung und für eine starke Sozialpolitik auf. Mehr als 200 Menschen nahmen teil. Dies war nur der spontane Auftakt zu einer Reihe von Protesten, die folgen werden.

Im Schatten der Fußball-Weltmeisterschaft will die Regierung mehrere sogenannte „Sozialreformen“ auf den Weg bringen oder sogar beschließen. Doch diese Reformen bedeuten vor allem eins: massiven Sozialabbau.

Betroffen sind unter anderem: die gesetzliche Krankenversicherung durch das Beitragssatzstabilisierungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe, die Rente, Arbeitsrechte und die Grundsicherung.

Während Milliarden für Aufrüstung und Konzerne bereitstehen, sollen Beschäftigte, Rentner*innen, Familien und Erwerbslose bezahlen.

Das lassen wir nicht zu. Es reicht!

Mario Berger

Sozialabbau im Dienste des Kapitals

Der Sozialstaat und die Rechte der Beschäftigten stehen unter Druck von Regierung und Kapitalverbänden. In Zeiten wachsender sozialer Unsicherheit, stagnierender Löhne und Armut werden Kürzungen vorbereitet und umgesetzt. Sozialpolitik dient zunehmend der Krisenverwaltung im Interesse des Kapitals.

Die neue Grundsicherung verschärft Sanktionen und begrenzt Vermögen auf 15.000 Euro. Gleichzeitig wächst privates Vermögen an der Spitze weiter. Während politische Eliten sich als „Mittelschicht“ darstellen, vertieft sich die soziale Spaltung.

Auch die gesetzliche Rente wird umgebaut: höheres Rentenalter, steigende Beiträge und sinkende Leistungen werden vorbereitet. Eine CDU/SPD-Kommission treibt diese Reformen im Sinne der Kostenreduktion voran.

In der Behindertenhilfe, Jugendhilfe und bei Schulassistenz drohen weitere Kürzungen. Teilhabeleistungen werden zunehmend nach „Effizienz“ bewertet und eingeschränkt.

Parallel erfolgt eine massive Umverteilung zugunsten von Rüstung und Konzernen. Das 500-Milliarden-Sondervermögen steht exemplarisch für diese Priorität: Aufrüstung statt sozialer Sicherheit.

Aus marxistisch-leninistischer Sicht ist dies Ausdruck der imperialistischen Krisenlogik. Der Staat wälzt Krisenlasten auf die Arbeiterklasse ab, während Profite konzentriert werden. Sozialabbau ist Klassenpolitik, kein Sachzwang.

Die DKP stellt sich diesen Angriffen entgegen und organisiert Widerstand in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für soziale Sicherheit, Frieden und eine Gesellschaft jenseits der Profitlogik.

MaLa

DIE LINKE.

Linke stabiler

Der Parteitag der Linken in Potsdam hat gezeigt, dass die Partei nach Jahren der Krise wieder an Stabilität gewonnen hat. Positiv ist, dass soziale Fragen wie Mieten, Löhne und die Belastungen der arbeitenden Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt gerückt wurden. Eine strategische Schwäche blieb bestehen: Solange die Ursachen sozialer Missstände nicht im kapitalistischen System selbst verortet werden und die Orientierung auf Regierungsbeteiligungen wichtiger bleibt als der Aufbau außerparlamentarischer Kämpfe, wird Die Linke keine grundlegende Alternative zum bestehenden System darstellen. Der Parteitag markiert daher eher eine organisatorische Konsolidierung als einen politischen Neuanfang.

M. L.

Wo bleiben die Milliarden?

Geld für uns statt für Panzer und Drohnen!

Drohbriefe vom Sozialamt

Kennen Sie jemanden, der von Grundsicherung im Alter lebt? Wundern Sie sich nicht, wenn der- oder diejenige im Juli schlechte Laune hat. Rentner und Rentnerinnen können sich in diesem Monat über eine Erhöhung ihrer Rente freuen. Empfängern von Grundsicherung wird diese Erhöhung von ihrem bisherigen Zahlbetrag abgezogen. Für die Neuberechnung erhalten die Betroffenen Post vom Sozialamt. Der Text klingt nach einem Drohbrief. Bis zu einem sehr knappen Termin müssen verschiedene Unterlagen eingereicht werden, darunter die Kontoauszüge der letzten drei Monate und der neue Rentenbescheid. Für den Fall nicht fristgerechter Abgabe wird Einstellung der Zahlungen angedroht. Jahr für Jahr gibt es das gleiche Problem: Die Rentenbescheide werden in der zweiten Monatshälfte verschickt, der Abgabetermin liegt aber davor. Das setzt die Betroffenen, oft ältere Menschen, denen es nicht besonders gut geht, unter Druck.

Es ist bekannt, dass viele Rentner, die eigentlich Anspruch auf Grundsicherung haben, diese nicht beantragen. Sie kommen lieber mit weniger Geld aus oder sammeln Pfandflaschen. Sie vermeiden aber den Kontakt mit dem Sozialamt. Dieses verschickt nicht nur die Drohbriefe, sondern will auch alles über das Leben der Antragsteller wissen – ob sie Wertsachen besitzen, ob sie eine zu große Wohnung oder ein zu teures Auto haben und vieles mehr. Mit der Kontrolle der Kontoauszüge überprüft das Amt auch, wofür die Menschen Geld ausgeben. Laut Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar – das gilt aber offenbar nur, solange man nichts vom Staat braucht.

Gernot Linhart

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (auch für Spenden):
Name: DKP Kreisorganisation, Giessen
IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Anfragen und Leserbriefe an:
Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: *giessen@dkp.de*
Internet: *www.giessen.dkp.de*

Kinder aussperren löst kein Problem

Wer Kindern ohne Bronze-Schwimmabzeichen den Zutritt zu Schwimmbädern verwehren will, hat die Realität nicht verstanden. Die Zahl der Kinder, die nicht sicher schwimmen können, steigt seit Jahren. Gleichzeitig werden Bäder geschlossen, Schwimmkurse sind überfüllt, und vielerorts fehlt es an qualifiziertem Personal.

"Wie soll ich Schwimmen lernen, wenn ich nicht rein darf?"

Statt die Ursachen anzugehen, sollen nun die Kinder die Folgen ausbaden. Das ist der falsche Weg.

Denn wie sollen Kinder schwimmen lernen, wenn man sie vom Schwimmbad fernhält? Wer kein Bronzeabzeichen hat und tatsächlich nicht schwimmen kann, braucht mehr Möglichkeiten zum Üben und Lernen – nicht weniger. Die Forderung nach Zugangsbeschränkungen trifft vor allem Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, die sich teure Kurse oft nicht leisten können.

Es ist ein Hohn, Kinder ohne Bronzeabzeichen auszusperren und gleichzeitig zuzusehen, wie immer mehr Bäder geschlossen werden. Wer verhindern will, dass Kinder ertrinken, muss dafür sorgen, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, sicher schwimmen zu lernen.

Wir sagen: Jedes Kind hat das Recht, schwimmen zu lernen. Öffentliche Schwimmbäder gehören allen. Deshalb brauchen wir freien Eintritt für Kinder, mehr Schwimmunterricht in den Schulen und Investitionen in die öffentliche Sport- und Freizeitinfrastruktur statt weiterer Kürzungen.

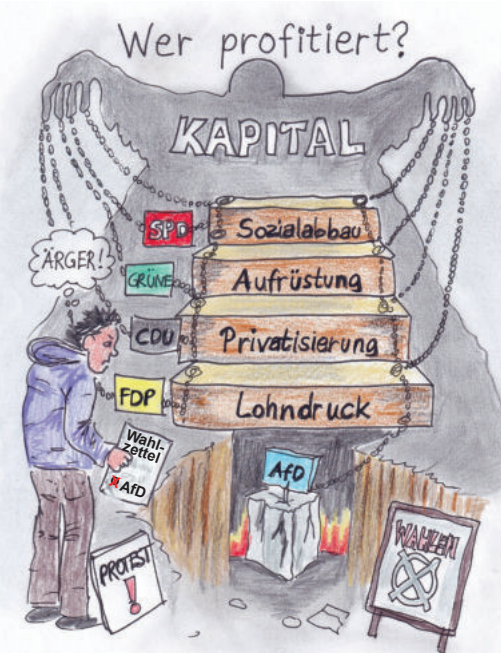
Nicht Ausgrenzung schafft Sicherheit – sondern Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge und der freie Zugang zu Schwimmbädern für alle Kinder.

Martina Lennartz

Die Wahlhelfer der AfD

Politiker und Medien starren gebannt auf die Umfrageergebnisse der AfD. Auf Bundesebene liegt sie deutlich über der CDU und allen anderen Parteien. In den östlichen Bundesländern, zuerst in Sachsen-Anhalt, erreicht sie möglicherweise die Mehrheit der Abgeordnetenmandate.

Was treibt die Wähler zu dieser rechtsextremen, völkischen Partei? Die Antwort ist einfach: Es sind die Regierungen im Bund und in den Ländern, die Sprecher der sie bildenden Parteien und die ihnen nahestehenden Vertreter von einflussreichen Verbänden. Sie überbieten sich darin, die Bevölkerung zu beleidigen und zu bedrohen. Wir sind zu faul, zu krank, zu unproduktiv, zu anspruchsvoll. Sozialleistungen kann sich der Staat angeblich nicht mehr leisten, obwohl Produktivität und Sozialprodukt höher sind als je zuvor. Jeden Tag wird etwas anderes genannt, was angeblich gekürzt oder gestrichen werden muss. Die Krankenkassen sollen Zahnbehandlungen nicht mehr zahlen, die Renten sollen nur noch eine Grundversorgung sein, das Wohngeld soll gekürzt werden, ebenso Bürgergeld und Grundsicherung. Der Vorstand der Jungen Union schlägt vor, die vorgesehene Rentenerhöhung von 4,3% (berechnet nach gesetzlich



festgelegten Regeln) zu verringern, um mit dem Geld der Rentenkasse eine BAföG-Erhöhung zu finanzieren. Gleichzeitig werden Milliarden in die Aufrüstung und den Krieg in der Ukraine gesteckt. Wer will schon solche Politiker wählen?

Die Linke, die eine Alternative sein könnte, hat sich mit ihrer Anbiederung an die Regierungsparteien und ihre Orientierung auf diverse gesellschaftliche Minderheiten von ihren früheren Wählern entfremdet. Das BSW, das kurzfristig als Alternative galt, hat durch fragwürdige Koalitionen und den Streit um gut bezahlte Pöstchen viele potenzielle Wähler enttäuscht.

Die AfD steht daneben und sagt zu vielem gar nichts. In ihrem Programm stehen viel schlimmere Vorhaben, aber wer liest schon Parteiprogramme? Die Wähler merken, dass die regierenden Politiker und die meisten zur Wahl stehenden Parteien ihnen schaden werden. Also suchen sie etwas, was denen schadet. Scheinbar können sie die am besten ärgern, wenn sie die AfD wählen – so kommt diese wahrscheinlich auf etwa die Hälfte ihrer Wähler. Dagegen könnte nur eine ganz andere, an den Interessen der Bürger orientierte, Politik helfen.

Gernot Linhart

Schule verstärkt Ungleichheit

Die Ergebnisse des aktuellen Bildungsberichts zeigen erneut, dass der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängt. Trotz des Ausbaus von Ganztagsangeboten und frühkindlicher Bildung entstehen Bildungsungleichheiten oft schon vor dem Schuleintritt und werden durch das gegliederte Schulsystem weiter verstärkt.

Diese Probleme verschärfen sich durch die aktuellen Kürzungen im Bildungssektor. Schulen und Kitas leiden unter Personalmangel, überfüllten Klassen und fehlenden finanziellen Mitteln. Besonders betroffen sind Kinder aus Arbeiterfamilien, mit migrantischen Hintergrund und Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten, die auf öffentliche Bildungsangebote angewiesen sind.

Aus marxistischer Sicht ist das kein Zufall. Im Kapitalismus dient das Bildungswesen nicht der chancengleichen Entwicklung aller Menschen, sondern trägt zur Reproduktion bestehender Klassenverhältnisse bei. Die Schule gleicht soziale Unterschiede nicht aus, sondern sortiert und selektiert entsprechend der Anforderungen des Arbeitsmarktes. Die soziale Herkunft bleibt so ein entscheidender Faktor für Bildungs- und Lebenschancen.

Die Kürzungen zeigen die politischen Prioritäten. Für Aufrüstung und Unternehmensförderung stehen Milliarden bereit, während bei Bildung gespart wird. Der Bildungsbericht verdeutlicht, dass soziale Ungleichheit nicht nur ein pädagogisches Problem ist. Solange Bildung den Interessen des Kapitals untergeordnet bleibt, wird sie Ungleichheit eher festigen als überwinden. Eine Bildungspolitik im Interesse der Mehrheit erfordert daher grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

M.L.

Israel, der eigentliche Kriegstreiber im Krieg gegen den Iran?

Der Staat Israel entstand durch die Vertreibung der arabischen Bevölkerung in Palästina (1946 – 1949). Das Selbstbestimmungsrecht „der Juden“ wurde und wird auf Kosten anderer, der bereits in Palästina lebenden Bevölkerung, verwirklicht.

In Israels Nationalstaatsgesetz (2018) wird das deutlich. Dort heißt es: „Der Staat Israel ist die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes, in der es sein natürliches, kulturelles, historisches und religiöses Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist dem jüdischen Volk vorbehalten.“ (swp-berlin.org/publications/products/sonstiges/2018A50_Anhang_IsraelNationalstaatsgesetz.pdf). Israel war seit seiner Gründung durch folgende Punkte geprägt: Siedlerkolonialismus, Expansion des Staatsgebietes und ethnischer Nationalismus.

Die Ideologie von „Großisrael“ war politisch immer mehr oder minder die Leitidee. Israel war im Kalten Krieg der Vorposten der USA und die UdSSR war eng mit Syrien und dem Irak verbunden. Für Israel waren also zunächst diese beiden Staaten der Hauptgegner. Während des ersten Golfkrieges belieferten die USA den Iran über Israel mit Waffen. Die USA hatten den Irak ermutigt den Iran anzugreifen. Der Irak wurde von den USA ganz offiziell mit Waffen beliefert. Es ging darum, möglichst beide Staaten zu schwächen. Als der Kalte Krieg mit dem Zusammenbruch der UdSSR endete, entstanden neue Möglichkeiten. Im Windschatten der USA, welche den Zusammenbruch der UdSSR für ihre eigene Expansion nutzten, verfolgte Israel seine eigenen Pläne. Irak und Syrien wurden immer weiter geschwächt und als selbstständige Staaten zerstört. Die einzige Macht, welche Israel noch gefährlich werden konnte, war der Iran. Durch die massiven Sanktionen vonseiten des Westens wurden die politischen Bindungen von Teheran an China und Russland immer stärker. Für die USA war der Iran ein Stellvertreter seiner Hauptgegner. Für Israel war er mehr: das zentrale Hindernis für den eigenen Aufstieg als unangefochtene regionale „Supermacht“. Da geht es vor allem auch um das Monopol Israels auf Atomwaffen. Deshalb muss der Iran als Staat zerstört werden.

Henning Mächerle

Nein zur Wehrpflicht!
Unsere Kinder kriegt ihr nicht!

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Sa. 4.7. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Mi. 8.7. ab 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1

Fr. 17.7.:
Redaktionsschluss Aug.-Echo

Mi. 22.7. um 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1

Mi. 22.7. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Sa. 1.8. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Sa.15.8. ab 15 Uhr:
Sommerfest der DKP Gießen: Mit den **Roten** im **Grünen** feiern – Grillhütte Buseck

Fr. 28.8. bis So. 30.8.:
UZ-Friedenstage in Berlin – Mitfahrgelegenheiten vorhanden

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** gab es in Gießen angeblich zu viele Kindergartenplätze. Das lag vor allem daran, dass nur ein geringer Teil der Kinder diese Einrichtungen nutzte. Die Öffnungszeiten der Kindergärten waren ungünstig, viele waren von 12 bis 14 Uhr geschlossen. Viele Frauen waren nicht berufstätig oder arbeitslos.

Vor **40 Jahren** gab es in der Stadt viele Hausbesetzungen, in der Regel von Häusern, die längere Zeit leer standen. Einige Häuser wurden schnell von der Polizei geräumt, andere wurden längere Zeit von Wohngemeinschaften genutzt. Die DKP solidarisierte sich mit den Besetzern, viele studentische Mitglieder waren an den Aktionen beteiligt.

Vor **30 Jahren** wurde in Gießen bei *Horten* und *real* für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Die Bundesregierung hatte das Ladenschlussgesetz geändert, was für viele Beschäftigte im Einzelhandel zu ungünstigen Arbeitszeiten führte.

Vor **20 Jahren** sorgte der CDU-Oberbürgermeister dafür, dass deutlich weniger Personen den Gießen-Pass bekommen konnten. Die Zahl der Berechtigten wurde durch niedrigere Einkommensgrenzen beschränkt. Außerdem wurden die Vergünstigungen herabgesetzt. Bekommen konnte man den Pass nur noch montags und mittwochs von 8 bis 12 Uhr in einer versteckten Außenstelle der Stadtverwaltung auf dem ehemaligen Heyco-Gelände.

Vor **10 Jahren** bekam die Stadt erstmals eine Koalition aus SPD, CDU und Grünen. Vor allem die CDU versprach mehr Sicherheit und Ordnung. Der hauptamtliche Magistrat wurde wieder auf vier Personen erweitert. In früheren Legislaturperioden hatte es immer wieder von der jeweiligen Opposition betriebene Initiativen mit dem Motto „Drei reichen!“ gegeben.

22. Juni – war da was?

Am 22. Juni jährte sich zum 85mal der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion – trotz ungekündigtem Nichtangriffsvertrag. In den Medien kam dieser Termin so gut wie nicht vor. Angesichts der neuen Kriegsvorbereitung wäre es ja unpassend, darauf hinzuweisen, wer in der Vergangenheit der Aggressor und wer das Opfer war.

Einen besonderen Akzent setzte Kriegsminister Pistorius. Genau an diesem Tag flog er nach Litauen, um dabei zu sein, wenn die dort stationierte deutsche Panzerbrigade einen Angriff auf die russische Enklave Kaliningrad übt.

Genossinnen und Genossen am 22. Juni am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park in Berlin

Siehe auch in der UZ zur Großkundgebung „Russland ist nicht unser Feind“ in Berlin: https://www.unsere-zeit.de/druschba-4815876/

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ